

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Pf./XIX/137.

Bonn, den 22. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Der schleichende Krebsrod

96

Deutsche Krebsforscher klagen über mangelnde Förderung
Gegenmaßnahmen müssen endlich Vorrang haben
Von Friedrich König

3

Als Gast in der Bundesrepublik

31

Zum Besuch Adschwads

4

Neue Telefongebühren - eine Luxussteuer?

52

Die überhöhten Preise werden die
wünschenswerte Steigerung privater Telefonanschlüsse verlangsamen
Von Herbert Bernsättinger

5 - 6

De Gaulle und Thorez

10

Auflaufende Querverbindungen
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Der schleichende Krebstod

Deutsche Krebsforscher klagen über mangelnde Förderung

Gegenmaßnahmen müssen endlich Vorrang haben

Von Friedrich König

Der schleichende Krebstod hat furchtbare Ausmasse angenommen. Alle fünf Minuten stirbt in der Bundesrepublik ein Mensch an dieser noch immer unerforschten Krankheit. Seit 1960 ist Krebs von der siebenten auf die zweite Stelle der Todesursachen gerückt. Trotzdem hat von es bei uns bis heute nicht fertiggebracht, Forschung und Krebsbekämpfung so aufeinander abzustimmen, daß ein Höchstmaß an Heilerfolg erreicht wird.

Wissenschaftler haben seit vielen Jahren immer wieder nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Krebs in Deutschland relativ häufig vorkommt, und daß dieses schwere Leiden weiter um sich greift, wenn keine energischen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Aber überspitzter Föderalismus, der dem Bund im Gesundheitswesen nur Empfehlungsmöglichkeiten einräumt, sowie mangelnde Einsicht amtlicher und akademischer Hierarchie haben dazu geführt, daß die Krebsforschung in der Bundesrepublik vernachlässigt wird. Eine schwerwiegende Unterlassung angesichts der düsteren Voraussage des Heidelberger Professors Dr. E.H. Fauer, daß von den heute lebenden Bundesbürgern etwa zwölf Millionen einmal an Krebs sterben werden.

Heilloses Durcheinander

Auf diesem Gebiet, das der sinnvollen Zusammenfassung aller Kräfte der forschenden und praktischen Medizin bedürfte, herrscht in der Bundesrepublik heilloses Durcheinander. Das Bundesgesundheitsministerium kann wenig tun. Es hat keine Weisungsbefugnis, keine Etatmittel und zu wenig Fachkräfte, um entscheidend eingreifen zu können. Man kann in dem Bundesberger Zwerghministerium noch nicht einmal einfache Fragen beantworten, wie nach den in der Bundesrepublik jährlich für Krebsbekämpfung eingesetzter Mittel und erwidert bedauernd: "Es ist nicht möglich, aus den Gesamtmitteln des Bundes und der Länder die für die Krebsforschung verwendeten Beiträge aufzuschlüsseln."

Auch der in drei Provinzverbände zersplitterte Deutsche Zentralausschuß für Krebsbekämpfung und Krebsforschung e.V. in Mainz überblickt die Dinge nur bruchstückhaft. Ein Wissenschaftler, der die Arbeit dieses Dachverbandes genau kennt, meint resigniert: "Krebsforschung und -bekämpfung sind in der Bundesrepublik so dezentralisiert, daß man konkrete Fragen nach Planungen oder Finanzierung beim besten Willen nicht beantworten kann." Jeder Provinzverband ist selbständig, die Zusammenarbeit oft mangelhaft. In manchen Bundesländern geschieht gar praktische Krebsbekämpfung überhaupt nichts, wohingegen andere wie Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westen und Niedersachsen beachtet sind, die frühe Erkennung des Krebses zu fördern und damit die Heilaussichten zu verbessern.

Verwaltungswirrwarr

Fachleute sind der Ansicht, daß auch das im Bau befindliche Heidelberger Krebsforschungszentrum die vorfabrizierte Situation nicht grundlegend bessern wird. Es entsteht auf private Initiative. Das Zentrum wird erst in drei Jahren voll arbeitsfähig sein. Schon im Aufbaustadium wirkt sich der Verwaltungswirrwarr lähmend aus. Der Direktor des Pathologischen Instituts der Universität Bonn, Professor Dr. H. Hamperl, bestätigt solche Bedenken: "In das Heidelberger Krebsforschungszentrum habe ich seinerzeit große Hoffnungen gesetzt. In der letzten Zeit sind aber so viele administrative und persönliche Schwierigkeiten aufgetaucht, daß ich fürchte, meine Hoffnungen könnten sich nicht erfüllen."

Die Bundesrepublik bekommt erst heute ein Krebsinstitut, nachdem bereits in 59 Ländern solche Forschungszentren bestehen, weil hier eine verantwortliche Instanz des Bundes fehlt, die derartige lebenswichtige Aufgaben aufgreifen könnte. In Mitteldeußchland gibt es seit 1947 ein staatliches Institut für Krebsforschung. Professor Hamperl sagt, der persönliche Kontakt mit den Forschern dort sei seit Errichtung der Mauer so gut wie abgerissen. Er fügt hinzu: "Wir bedauern das sehr, da in Mitteldeußchland ein mit großen Mitteln ausgestattetes, vorzüglich arbeitendes Krebsforschungsinstitut besteht." Es beschäftigt in acht Unterabteilungen nahezu 140 wissenschaftliche Mitarbeiter und fast 900 Angestellte. Der Präsident des Deutschen Zentralausschusses, Professor Dr. H.A. Gottron (Heidelberg), stimmt dem zu: "Dieses mitteldeutsche Institut in Berlin-Buch leistet ausgezeichnetes." Es seien dort Forscher tätig, die wie ihre westdeutschen Kollegen einen sehr guten Namen in der Welt hätten.

Beispielgebend USA

Beispielgebend könnten für uns die ebenfalls föderalistisch gegliederten Vereinigten Staaten sein. In Amerika gibt es nicht nur beachtliche private Initiativen und Spenden zur Krebsbekämpfung, sondern auch das staatliche Nationale Krebsinstitut wird großzügig mit Haushaltsmitteln versehen. 1964 hat allein die Forschungsabteilung des zentralen amerikanischen Institutes einen Etat von 656 Millionen M.

Dagegen nehmen sich die in der Bundesrepublik veranschlagten öffentlichen Mittel kläglich aus. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft konnte in den vergangenen drei Jahren für ihr "Schwerpunktprogramm" Krebsforschung nur 3,7 Millionen DM zur Verfügung stellen. Die jährlichen Betriebskosten des Heidelberger Forschungszentrums sollen 4,2 Millionen DM nicht überschreiten, von denen der Bund voraussichtlich die Hälfte tragen wird.

Zu wenig Mittel eingesetzt

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen der mit der internationalen Krebsforschung wohlvertraute Professor Hamperl klagt: "Die zur Verfügung stehenden Mittel sind geradezu als kärglich zu bezeichnen, wenn man sie mit den Summen vergleicht, die andere Länder, ja selbst viel kleinere als die Bundesrepublik - ich denke beispielsweise an Holland und Schweden - zur Verfügung stellen." Professor Gottron bestätigt die übereinstimmende Expertenansicht, daß wesentlich mehr Geld für die Krebsbekämpfung angesetzt werden muß. Er betont, daß vor allem wichtige Teilgebiete, wie die klinische Forschung, zu kurz kommen.

Die amerikanische Regierung setzt für Krebsforschung je Kopf der Bevölkerung jährlich rund vier DM ein. Günstige Ergebnisse bleiben nicht aus. Es ist in den Staaten bereits gelungen, den Heilerfolg bei Krebs von 14 auf 33 v.H. zu steigern.

Will die Bundesregierung den Krebstod wirksam bekämpfen, dann muß sie im Jahr mindestens 200 Millionen DM für diesen Forschungsbereich aufbringen. Aus der peinlichen Zurückhaltung, die zuständige Stellen bei Fragen nach genauen Zahlen üben, muß man wohl schließen, daß die tatsächlichen Aufwendungen des Bundes und der Länder in dieser dringenden Sache weitaus niedriger sind.

+ + +

Als Gast in der Bundesrepublik

Lor - Der Schwiegersohn des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow weilt als Gast dreier Zeitungen in der Bundesrepublik. Man sagt Adschubej viele gute Eigenschaften nach. Er sei aufgeschlossen, undogmatisch, weltoffen und bemüht, in seinen Werturteilen ein Höchstmaß von Objektivität zu erreichen. Er gilt als der geschickteste Journalist der Sowjetunion. Seine Haltung als Chefredakteur der "Iswestija", offizielles russisches Regierungsorgan, sichert ihm einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung; auch genießt er als Schwiegersohn das Vertrauen eines der mächtigsten Männer der Welt. Adschubej hat in seinen jungen Jahren schon viele Reisen unternommen, er, Gesprächspartner eines Kennedy, wurde sogar vom Papst in Rom empfangen; er zählt diesen Besuch zu seinen bisher größten Erfolgen.

Adschubej war gut beraten, als er die Einladung dreier bundesrepublikanischer Zeitungen annahm. Es ist dies sein erster Besuch in der Bundesrepublik, in einem Land, das in Moskauer Sicht gewissermaßen der Inbegriff des Bösen ist. Sein Schwiegervater pflegt besonders eifrig diese Version und gebraucht sie auf dem Felde der internationalen Politik als Waffe. Chruschtschow, Sohn der bolschewistischen Revolution von 1917, hat dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung - ein Verzicht der Völker - verweigert und gibt sich dem Irrglauben hin, es lasse sich eine dauerhafte Friedensordnung auf dem Rücken eines gespaltenen Volkes erreichen. Das Zeitalter des Kolonialismus geht zu Ende, aber für Mitteleuropa will es Chruschtschow nicht wahr haben. Er unterstützt und fördert die Unabhängigkeit der Völker Asiens und Afrikas, doch die Sehnsucht der Deutschen, wieder als ein Volk unter einem Dach zu leben, findet bei ihm keine Resonanz. So gesehen gehört Nikita Chruschtschow zu den schlimmsten Reaktiönären unseres Jahrhunderts, er verleugnet sogar die Prinzipien Lenins, soweit sie das Recht auf Selbstbestimmung betreffen.

Adschubej gehört zu der jüngeren russischen Generation. Er ist überzeugter Kommunist, aber seine vielen Reisen müßten ihm die Erkenntnis nahe gebracht haben, daß die nichtkommunistische Welt nicht so ist, wie sie sich in der offiziellen Propaganda des Kreml widerspiegelt. Die Deutschen sind keine Revanchisten und Kriegstreiber, sie wollen wie die russischen Väter und Mütter ihre Kinder in Frieden aufwachsen sehen und sie für die Werke des Friedens tätig wissen. Wenn Adschubej, willkommenen Gast in der Bundesrepublik, mit einem entzerrten Weltanschauungsbild in sein Land zurückkehrt, dann hätte sein Besuch gute Früchte getragen.

+ + +

Neue Telefongebühren - eine Luxussteuer ?

Von Herbert Berneitinger

Vor Monaten besuchten Sozialexperten der SPD-Bundestagsfraktion schwedische Sozialeinrichtungen, u.a. auch besonders vorbildliche Wohnungen für betagte Mitbürger. Als sich der Abgeordnete Helmut Rohde im Gespräch mit einer älteren Dame verwundert zeigte, daß in der hübsch eingerichteten Altenwohnung selbst das Telefon nicht fehlte, meinte die Hochbetagte: "Aber das ist doch selbstverständlich. Wie sollte ich denn sonst mit meinen Kindern und Enkelkindern in Verbindung bleiben".

Mit anderen Worten: In Schweden - aber auch in der Schweiz und in anderen Ländern - ist ein Telefonanschluß keine "Luxus-Einrichtung", die gebraucht zu werden. Das Telefon gehört in Ländern mit geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen zum selbstverständlichen Lebensstandard. In der Bundesrepublik hat die Entwicklung, daß auch der Durchschnittsbürger sich einen Telefonanschluß zulegen will, erst vor wenigen Jahren eingesetzt; der Höhepunkt dürfte noch längst nicht erreicht sein. So mancher Bundesbürger, der ein Telefon nicht aus ganz zwingenden Gründen benötigt, wird aber jetzt zögern, einen Anschluß zu beantragen, nachdem die Bundesregierung sich einstimmig hinter den Vorschlag von Bundesminister Lübke gestellt und eine geradezu wucherische Gebührenerhöhung beschlossen hat, der die Richtlinien der Politik bestimmende "Kaschaltanzler" eingeschlossen. Es wird in Bonn Leute geben, die sich darüber aufregen, wenn wir die von CDU, CSU und FDP zu verantwortende Gebührenpolitik der Bundespost - sie ist außerdem ein Stück Steuerpolitik der derzeitigen Regierung - so kurzerhand als "wucherisch" bezeichnen. Aber eine andere Bezeichnung ist fast nicht vertretbar, da die Monopolstellung eines rentablen Dienstzweiges der Deutschen Bundespost benutzt wurde, um im Falle der Grundgebühren eine Erhöhung um 5% im Falle der Lechtarife sogar bis weit über 100 Prozent durchzusetzen. Und dabei sind es gerade die weniger bemittelten Privatkunden der Post, die die stark verbilligten Zeiten nach 18 und 21 Uhr benützten ...

Als Bundesprossechef von Hase den Mitgliedern der Pressekonferenz erklären versuchte, die Bundesregierung habe das Briefporto nicht erhöhen wollen, weil der Brief ein "wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands ist", da erntete er schallende Heiterkeit. Denn sicher wußten die Bonner Korrespondenten sehr genau, daß wenn überhaupt - dann die Paket- und Päckchengebühren luxuriöse Bedeutung haben, aber auch das hinderte Post und Regierung nicht, sie zum Januar 1963 zu erhöhen.

Zurück zu den erhöhten Telefongebühren: Sie werden in jedem Falle in erster Linie den "kleinen Mann" treffen, direkt oder indirekt. Diejenigen, die selbst einen Anschluß besitzen, werden es zunächst direkt vorfühlen, an der Telefonrechnung für den Monat August. Dann aber werden für alle - Bürger mit oder ohne Telefon - indirekte Wirkungen kommen, denn ein solch schlechtes preistreibendes Vorbild, wie es das Kabinett Erhard jetzt dargeboten hat, wird nicht ohne Nachahmer bleiben. Ein 50- bis 100-prozentiger "Schluck aus der Pulle" ist doch einfach nicht zu ignorieren, zumal es ja gerade bei Erhard üblich geworden ist, schon bei einem 8- bis 10-prozentigen "Schluck" "Kaschalten" zu rufen. - Wie sagte Erhard vor dem CSU-Parteitag in München: "Aber es ist eben leider nicht immer so, daß es nur an der richtigen Einsicht und Erkenntnis fehlt. Es gehört dazu auch die politische Kraft, das Rechte durchzusetzen."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

+ + +

De Gaulle und Thorez

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die politische Anerkennung, die der französische Staatspräsident dieser Tage dem toten Kommunistenführer Maurice Thorez zollte, war kein billiges Kompliment, sondern wohl überlegt und erfolgte im Rahmen eines ganzen Konzeptes. General de Gaulle richtete an Thorez' ältesten Sohn - wohlgerichtet nicht an die Witve Jeannette Vermeersch, Politbüromitglied und kommunistische Senatorin - ein Schreiben, in welchem die Verdienste des KPF-Chefs in einer "für Frankreich entscheidenden Zeit" anerkannt werden: gemeint sind die Nachkriegsjahre 1944-46 in welchen Maurice Thorez Staatsminister und Vizepräsident in der ersten Regierung de Gaulles war. Thorez habe damals "für Frankreichs Einheit" gewirkt.

De Gaulles Ehrensalve

Warum gibt der französische Staatsherr heute diese Ehrensalve an Grab des verstorbenen KPF-Präsidenten? Steht de Gaulles Formulierung im Einklang mit der historischen Vergangenheit? Ist sie ein Hebel für die Zukunft?

Sehen wir zuerst die Vergangenheit. Thorez kämpfte seit 1935 für die forcierte Wiederaufrüstung Frankreichs, er tat es aber nicht aus französischem Patriotismus, sondern im direkten Auftrage Stalins. Nach dessen bekannter Erklärung an den in Moskau weilenden französischen Außenminister Laval: "Ich verstehe und billige die Aufrüstung Frankreichs". Der 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschloß noch im gleichen Jahr diese neue Linie.

Als aber Stalin 1939 mit Hitler den bekannten Nichtangriffspakt schloß, schwankte Thorez um und wurde Deserteur. Bis '94 trommelte er in Moskau gegen die "westlichen Plutokratien" und beschönigte Hitlers Sieg in Frankreich.

Erst mit dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges kam die neue Wendung: Thorez blieb zwar noch bis auf weiteres in der Sowjetunion, seine Partei stellte sich aber in die erste Reihe des nationalen Widerstandes.

De Gaulles Staatsminister

Nach der Befreiung Frankreichs wurde Thorez von de Gaulle amnestiert und zum Staatsminister ernannt. Wirkte er nun tatsächlich für die "nationale Einheit"? Gewiß wurde der Klassenkampf vorübergehend aus dem Programm der KPF gestrichen, Lohnbewegungen wurden vor den KPF-Minister unterdrückt, man predigte Nationalismus und sogar Gauguvinismus.

Auch in diesen Jahren der Regierungsbeteiligung blieb Thorez aber stets ein treuer Diener des Kreml. Sein Vorgesetzter war auch damals nicht der französische Regierungschef de Gaulle, sondern der Generalsekretär der KPdSU: Stalin.

Ihm eiferte Thorez zeitlebens nach, von ihm übernahm er auch den Popernachkult. Kannte Stalin sich "Vater der Völker", so ließ Thorez sich als "Sohn des Volkes" und "unfehlbarer Führer" beweihräuchern. So sehr war er diesem Stil verhaftet, daß es ihn nach Stalins Tod schwerfiel, sich den neuen Machthabern der Sowjetunion anzupassen. Die "Entstalinisierung" hat auch heute in der KPF kaum begonnen. Weiß de Gaulle das alles nicht? Glaube er wirklich, Thorez habe ihn als

Minister loyal gedient und sei nicht auch damals Moskaus Befehlsempfänger gewesen?

Kommunisten und Gaullisten

Wir kommen hier zu dem komplexen Verhältnis zwischen Gaullisten und Kommunisten seit über 20 Jahren: Rivalen und Verbündete. Von beiden Seiten gibt es politische Spekulationen, die immer wieder zu einer Einheitsfront führen.

De Gaulle hat von seiner eigenen Führerpersönlichkeit eine so hohe Meinung, daß er überzeugt ist, er könne alle Franzosen, und insbesondere auch die französischen Kommunisten, für sich gewinnen und in sein Konzept einordnen. Es fällt ihm leicht, die Moskauhörigkeit der französischen Kommunistenführer zu übersehen, selbst im Falle eines Maurice Thorez.

Die Hoffnung, die KPF werde sich in nächster Zukunft wieder dem gaullistischen Regime zur Verfügung stellen, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Sie ist nicht völlig unbegründet. Trotz aller Gegensätze und Rivalitäten fanden Kommunisten und Gaullisten auch nach ihrer gemeinsamen Regierungstätigkeit weiterhin eine Reihe von Berührungspunkten in den Jahren der Opposition: gemeinsam stimmten sie immer wieder gegen die Versuche europäischer Einigung, gegen soziale und demokratische Reformen der 4. Republik, gemeinsam stürzten sie die Koalitionsregierungen der Sozialisten und Radikalen und ebneten so den Weg der autoritären 5. Republik.

In diesen Zeichen machte die Partei des Maurice Thorez keine ernstlichen Schwierigkeiten, als de Gaulle sich 1958 anschickte, die Macht wieder zu ergreifen, Moskaus Hoffnung auf einen neuen Kurs der französischen Aussenpolitik, auf eine Lockerung des Atlantikpaktes und eine neue französisch-sowjetische Annäherung spielte dabei wieder eine wesentliche Rolle.

Spekulationen in Moskau und Paris

Wenn Moskau aus weltpolitischen Gründen auf de Gaulle setzt, so rechnet de Gaulle seit eh und je mit dem Faktor KPF. Dies ist der eigentliche Hintergrund seiner öffentlichen politischen Anerkennung für Maurice Thorez. Ob diese Rechnung auch innenpolitisch aufgeht, ist eine andere Frage. "Es gibt in Frankreich nur zwei Parteien, die ernstgenommen werden können, die Kommunisten und wir. Alles andere ist politischer Staub". Diese These wurde von den Gaullisten seit zwanzig Jahren mehrmals wiederholt. Sie stempelt die KPF zum einzigen wirklichen innenpolitischen Rivalen, aber auch zum möglichen Bundesgenossen. Thorez hat dazu beigetragen, diese Vorstellung zu stärken. Er bremste den Elan der antigauillistischen Opposition. Der von ihm beherrschte Gewerkschaftsbund CGT mäßigte den Unwillen der arbeitenden Bevölkerung über de Gaulles Sozialpolitik. Mit Rücksicht auf die aussenpolitische Entwicklung wurde der innenpolitische Kurs der KPF in den letzten Jahren immer schmer.

Illusionen und Chancen

In einer seiner letzten Reden billigte Thorez de Gaulles Aussenpolitik und schlußfolgerte daraus eine verstärkte Bereitschaft zur "inneren Verständigung". De Gaulles Ehrensalven sind also nicht ganz unbedeutend. Die damit verbundenen Illusionen sind aber fatal. Thorez war ähnlich nur ein "Militant" unter vielen. Seine Führerpersönlichkeit wurde vom Agitprop künstlich gezüchtet. Sein Tod verändert den französischen Kommunismus kaum. In de Gaulles 5. Republik ist die KPF neu erstarkt. Man kann mit Gewißheit voraussagen, daß die KPF das gaullistische Regime gut überleben wird.

Hier kommen wir zur Schicksalsfrage Frankreichs. Die KPF ohne Thorez ist immer noch die KPF. Wird es aber nach de Gaulle und noch einen Gaullismus geben?

+ + +